



Blickpunkte

Inhalt

Schwarz-Gelb beendet den Atomausstieg

Der Gorleben - Untersuchungsausschuss

Atomkraft – Schluss jetzt / Demoaufruf

Bundesregierung: Kein Konzept bei ALGII

Konsolidierung statt Klientelpolitik

Google Street View

Aus dem Wahlkreis / Kurz notiert

- Nicht wählen, bis es passt
- Flugplatz Rheine-Bentlage erhalten
- Bildnachweis

V.i.S.d.P.:

Ingrid Arndt-Brauer, MdB

Redaktion:

Dr. Marc Schrameyer

Bergstr. 11

48607 Ochtrup

Tel. 02553/9771053

Fax 02553/9771054

buero.ochtrup@arndt-brauer.de



Liebe Leserinnen und Leser,

Das Getrickse bei den von der Bundesregierung in Auftrag gegebenen Gutachten zur Laufzeitverlängerung von Atomkraftwerken hat nichts genutzt. Man hat unsehrliche Vorgaben gemacht wie einen zu niedrigen angenommenen Anteil der Erneuerbaren Energien in Deutschland und zu geringe angenommene Einsparpotenziale. Als Krönung des Ganzen bediente man sich eines Gutachters, dessen Lehrstuhl und damit Gehalt indirekt von der Atomlobby mitbezahlt wird. Trotzdem ergeben die in dem Gutachten erarbeiteten Szenarien wohl, dass eine Verlängerung energiepolitisch nicht notwendig ist. Die Energiepolitik von Schwarz-Gelb ist auf ganzer Linie gescheitert - das trotzige Festhalten an einer Marschrichtung, die nicht einmal mehr die eigenen Gutachter mitgehen wollen, negiert neben allen Fakten vor allem auch die breite Masse der Bevölkerung, die ganz klar zum Atomausstieg steht.

Auch das immer wieder strapazierte Argument des "preiswerten" Atomstroms zieht nicht: Allem Anschein nach sehen die Gutachter keinen nennenswerten Einfluss etwaiger Laufzeitverlängerungen auf den Strompreis. Den könnte man auf ganz andere Weise tatsächlich senken: Die SPD fordert die Bundesregierung und die Atomkonzerne auf, endlich ihre Zusatzgewinne aus dem europäischen CO2-Handel an die Verbraucherinnen und Verbraucher in Form von niedrigeren Energiepreisen abzugeben. Dies würde insbesondere auch dem Schutz von industriellen Arbeitsplätzen dienen.

Dabei haben die großen Energieversorger bereits heute ausreichend finanzielle Spielräume, die sie durch Preissenkungen an die energieintensive Industrie und die Endverbraucher weitergeben könnten. Die großen Energiekonzerne erhalten durch die kostenlose Zuteilung von Emissionsrechten Zusatzeinnahmen von geschätzt 25 bis 35 Milliarden Euro bis 2012. Auch nach 2012 können die AKW-Betreiber mit 1,5 bis zwei Milliarden Euro an zusätzlichen Einnahmen jährlich rechnen, da für den Atomstrom keine Emissionsrechte notwendig sind.

Wenn e.on, RWE und Co. als "Gegenleistung" für verlängerte Laufzeiten ihrer Atomkraftwerke die enormen Milliardengewinne nur in eigene Anlagen Erneuerbarer Energien investieren müssen, dann ist dies nichts anderes als eine staatlich geförderte Marktmachtübertragung. Mit den bei Verbrauchern, Wirtschaft und Industrie abgezockten Riesengewinnen sollen e.on, RWE und Co. nach Wunsch von Schwarz-Gelb ihre Vormachtstellung künftig auch bei den Erneuerbaren Energien finanzieren dürfen. Die Lobbyismusbedienung von CDU, CSU und FDP hat einen neuen Höhepunkt erreicht.

Das zeigt: Es gibt keinen vernünftigen Grund, den Atomausstieg hinauszuzögern. Im Gegenteil: Die geplante Verlängerung der Laufzeiten von Atomkraftwerken führt zu Wettbewerbsverzerrung zwischen den Energieversorgern und festigt die marktbeherrschende Stellung der großen Energieunternehmen. Mit der SPD ist das nicht zu machen!

Ihre,

Ingrid Arndt-Brauer





Blickpunkte

Schwarz-Gelb beendet den Atomausstieg! Kein schmutziger Deal mit den AKW-Betreibern

Schwarz-Gelb kündigt den Atomkonsens auf. Umwelt- und Naturschutz zählt bei Schwarz-Gelb nicht viel. Gute Regelungen zum Schutz unserer Umwelt und Natur, die sich bewährt haben, sind in den Augen von Union und FDP Hürden für Bauern, Wirtschaft und Verkehr. Sie sollen abgebaut und Verfahren beschleunigt werden. Ein Programm, das den großen Herausforderungen wie Klimaschutz, Endlichkeit der Ressourcen und dem Verlust von Ökosystemen und Arten gerecht wird, hat Schwarz-Gelb nicht zu bieten.

Schwarz-Gelb beendet Atomausstieg

Union und FDP wollen, wie vor der Bundestagswahl angekündigt, die Laufzeiten der Atomkraftwerke (AKW) verlängern. Damit nehmen sie den gesellschaftlichen Konflikt um die Atomkraft erneut billigend in Kauf. Langsam wird klar, wie die Laufzeitverlängerung konkret aussehen soll. Da für einige AKW dringende Entscheidungen für einen eventuellen Weiterbetrieb anstehen, ist zu erwarten, dass mit Zustimmung der neuen Bundesregierung auch Strommengen von „Neu auf Alt“ übertragen werden müssten. Damit sinkt das Sicherheitsniveau entscheidend!

Wenn die AKW länger am Netz bleiben, werden Investitionen in die Modernisierung fossiler Kraftwerke (Stein-, Braunkohle, Gas und Öl) und vor allem in den Ausbau Erneuerbarer Energien zurückgefahren. Bereits heute stehen die schwer regelbaren Atomkraftwerke einer steigenden Einspeisung von Erneuerbaren Energien in die Stromnetze entgegen. Dieser Konflikt wird in der Zukunft deutlich verschärft, wenn der Anteil der Erneuerbaren Energien z. B. durch den Ausbau der Windenergie an Land und auf See

deutlich zunimmt und der vereinbarte Atomausstieg durch die angekündigte Laufzeitverlängerung aufgekündigt wird. Außerdem verhindert die längere Laufzeit von AKW mehr Wettbewerb im Strommarkt. Und die großen Energieversorger können sich über zusätzliche Gewinne freuen. Zwar soll es dazu einen Vorteilsausgleich geben und die Mittel daraus sollen zur Erforschung von Erneuerbaren Energien sowie insbesondere der Speichertechnologien verwendet werden. Doch, wie das Abschöpfen der Gewinne aussieht ist ungeklärt.



© Mildenerger / pixelio.de

Gorleben soll weiter erkundet werden

Schwarz-Gelb will die Erkundungsarbeiten im Salzstock Gorleben fortsetzen. Dabei steht

nach wie vor der ungeklärte Verdacht im Raum, dass die Regierung Kohl wissenschaftliche Gutachten zur Eignung von Gorleben manipuliert hat. Das muss aufgeklärt werden. Tatsache ist: Es gibt bis heute weltweit kein funktionsstüchtiges, in Betrieb befindliches Endlager für hochradioaktive Abfälle. Umso unverantwortlicher ist die Vermehrung des Atom Mülls durch die Verlängerung von Laufzeiten. Die weitere Erkundung von Gorleben ist das nötige „Endlager-Alibi“ für die Laufzeitverlängerung. Denn: ohne Endlager, keine Laufzeitverlängerung!

Schwarz-Gelb will preistreibende Monopole um Jahrzehnte verlängern

Das Getrickse bei den von der Bundesregierung in Auftrag gegebenen Gutachten zur Laufzeitverlängerung von Atomkraftwerken hat nichts genutzt. Man hat unseriöse Vorgaben gemacht wie einen zu niedrigen angenommenen Anteil der Erneuerbaren Energien in Deutschland und zu geringe angenommene Einsparpotenziale. Als Krönung des Ganzen bediente man sich eines Gutachters, dessen Lehrstuhl und damit Gehalt indirekt von der Atomlobby mitbezahlt wird.



Blickpunkte

Trotzdem ergeben die in dem Gutachten erarbeiteten Szenarien wohl, dass eine Verlängerung energiepolitisch nicht notwendig ist. Die Energiepolitik von Schwarz-Gelb ist auf ganzer Linie gescheitert - das trotzige Festhalten an einer Marschrichtung, die nicht einmal mehr die eigenen Gutachter mitgehen wollen, negiert neben allen Fakten vor allem auch die breite Masse der Bevölkerung, die ganz klar zum Atomausstieg steht.

Auch das immer wieder strapazierte Argument des "preiswerten" Atomstroms zieht nicht: Allem Anschein nach sehen die Gutachter keinen nennenswerten Einfluss etwaiger Laufzeitverlängerungen auf den Strompreis. Den könnte man auf ganz andere Weise tatsächlich senken: Die SPD fordert die Bundesregierung und die Atomkonzerne auf, endlich ihre Zusatzgewinne aus dem europäischen CO₂-Handel an die Verbraucherinnen und Verbraucher in Form von niedrigeren Energiepreisen abzugeben. Dies würde insbesondere auch dem Schutz von industriellen Arbeitsplätzen dienen. Laut der deutschen Emissionshandelsstelle werden die fünf größten Energieerzeuger in Deutschland im Zeitraum 2005 bis 2012 insgesamt 35 Milliarden Euro Zusatzgewinne für CO₂-Rechte erhalten, die sie nicht benötigten oder geschenkt bekommen haben. Diese unver-

dienten Gewinne dürfen nicht mehr in die Taschen der Konzerne fließen.

Wenn e.on, RWE und Co. als "Gegenleistung" für verlängerte Laufzeiten ihrer Atomkraftwerke die enormen Milliardengewinne nur in eigene Anlagen Erneuerbarer Energien investieren müssen, dann ist dies nichts anderes als eine staatlich geförderte Markt-machtübertragung. Mit den bei Verbrauchern, Wirtschaft und Industrie abgezockten Riesengewinnen sollen e.on, RWE und Co. nach Wunsch von Schwarz-Gelb ihre Vormachtstellung künftig auch bei den Erneuerbaren Energien finanzieren dürfen. Die Lobbyismusbedienung von CDU, CSU und FDP hat einen neuen Höhepunkt erreicht.

Einführung der Brennelementesteuer

Die Einführung einer Brennelementesteuer ist von zentraler Bedeutung für die SPD-Bundestagsfraktion. Sie beseitigt ein ungerechtfertigtes Privileg der Atomkraft. Während die Strompreise für den Verbraucher durch die „Einpreisung“ des CO₂-Emissionsrechtehandels steigen, bleiben die Kernkraftbetreiber von den Kosten der spezifischen Risiken und Lasten der Atomkraft verschont. Sie fahren daher jedes Jahr erhebliche Mitnahmegewinne ein, die von Experten auf 3,4 Milliarden Euro geschätzt werden.

Dies hat mit der Frage einer Verlängerung der Laufzeiten von Atomkraftwerken nichts zu tun.

In dem Antrag der SPD-Bundestagsfraktion „Brennelementesteuer – Windfall Profits der Atomwirtschaft abschöpfen“ verlangt die SPD deshalb von der Bundesregierung, einen Gesetzentwurf zur Einführung einer neuen Verbrauchsteuer auf die Spaltung von Kernbrennstoffen zur gewerblichen Erzeugung von Elektrizität vorzulegen. Die Betreiber derartiger Anlagen sollen ab 1. Januar 2011 an den Kosten des Bundes für die Atomenergienutzung angemessen beteiligt werden. Maßstab hierfür müssen einerseits die Kosten des Bundes für die Stilllegung und den Rückbau kerntechnischer Anlagen einschließlich der Endlagerung radioaktiver Abfälle sein, andererseits die Mitnahmegewinne der Anlagenbetreiber infolge der Strompreiserhöhungen nach Einführung des CO₂-Emissionshandels.

Die SPD-Bundestagsfraktion fordert darüber hinaus: Kein Ausstieg aus dem Atomausstieg. Der im Atomkonsens mit den Energieversorgungsunternehmen vor zehn Jahren erreichte Durchbruch darf nicht in Frage gestellt werden. Für eine Verlängerung der Laufzeiten gibt es keine Mehrheit in Deutschland.





Blickpunkte

Untersuchungsausschuss Gorleben Eine erste Bilanz

35 Jahre Erkundung

Mit Kabinettsbeschluss vom 13. Juli 1983 hatte sich die Bundesregierung unter Helmut Kohl dafür entschieden, den Standort Gorleben als Erkundungsbergwerk zu etablieren. Seit 1986 ist der Salzstock Gorleben ein „Erkundungsbergwerk“, kein Endlager. Seit fast 35 Jahren wird darüber gestritten, ob im Gorlebener Salzstock hochradioaktiver Atommüll dauerhaft eingelagert werden kann. Gab es dabei eine politische Einflussnahme auf Geologen, Physiker und andere Experten? Haben wissenschaftliche oder politische Kriterien den Ausschlag für die Entscheidung pro Gorleben gegeben? Um diese Fragen zu beantworten, wurde ein Untersuchungsausschuss „Gorleben“, eingesetzt. Für viele Beobachter ist die politische Einflussnahme der Kohl-Regierung schon jetzt erwiesen. Die kürzlich veröffentlichten Originaldokumente durch Greenpeace sprechen eine eindeutige Sprache: Politischer Druck hat die Wissenschaft verdrängt. Belegt wird dies auch durch einen Bericht des damaligen Bundesumweltministers Sigmar Gabriel vom September 2009, der heute noch von der Homepage des Bundesumweltministeriums heruntergeladen werden kann.

Klare Worte der Zeugen und Sachverständigen

Einige Zitate aus den bisherigen Anhörungen und Vernehmungen der Sachverständigen und Zeugen, die ihre ganz eigene Sprache sprechen:

- „Eine „Eignungshöflichkeit“ des Standortes Gorleben kann deshalb aus diesen Befunden nicht abgeleitet werden“
- „Im Ergebnis wurde mit der Entscheidung für die untertägige Erkundung voll auf die „Karte Gorleben“ gesetzt. Es wäre besser gewesen, zum damaligen Zeitpunkt alternative Standorte zu untersuchen“.

[Jürgen Kreuzsch (Geologe) als Sachverständiger vor dem 1. UA am 10. Juni 2010]

- Der Sachverständige Dr. Möller: „Es zählte der Landkreis, nicht der Salzstock“ Das heißt: Politik statt Geologie. Möller führte weiter aus, dass das Tagebuch des ehemaligen Landesministers Walther Leisler Kiep eindeutig zeige, dass die Entscheidung für Gorleben feststand, bevor Wissenschaftler und Experten gehört wurden.

[Dr. Detlev Möller (Historiker, Dissertation: „Das unerwartete Gorleben, 2009) als Sachverständiger vor dem 1. UA am 17. Juni 2010]

- Der Sachverständige Henning Rösel stellte fest, dass die Bundesregierung den Standort Gorleben nicht als 1. Wahl favorisiert habe. Es habe „große Bedenken“ gegeben.

[Prof. Henning Rösel (Vizepräsident der BfS a.D.) als Sachverständiger vor dem 1. UA am 17. Juni 2010]

- „Es gab eine Weisung der Bundesregierung“

[Prof. Dr. Helmut Röthemeyer (Präsident der Physikalisch-Technischen Bundesanstalt a.D.) als Zeuge vor dem 1. UA am 1. Juli 2010]

- „(...) Von daher hat man (die Kohl-Regierung 1983) natürlich versucht, Gorleben mit allen Mitteln durchzudrücken“.
- Der Zeuge Wolf von Osten brachte das Vorgehen der Kohl-Regierung auf den Punkt: „Augen zu und durch – mit Gorleben“.

[Dr. Wolf von Osten (im Jahre 1982 Referent im Bundeskanzleramt) als Zeuge vor dem 1. UA am 8. Juli 2010]

- Der Zeuge August Hanning äußerte sinngemäß: Die CDU-geführte Landesregierung unter Ernst Albrecht hatte Gorleben als einzigen Standort vorgeschlagen. Andere Bundesländer machten keine weiteren Vorschläge, daraufhin „setzten wir halt Gorleben durch“. Auf die Frage nach den wissenschaftlichen Zweifeln des Salzstock Gorlebens stellte Hanning lapidar fest: „Jeder Salzstock hat doch ein Problem“.

[Dr. August Hanning (in den Jahren 1982/83 Referent im Bundes-



Blickpunkte

kanzleramt) als Zeuge vor dem 1. UA am 8. Juli 2010]

- „Der Salzstock Gorleben ist tot“.

[Prof. Klaus Duphorn (Geologe) als Zeuge vor dem 1. UA am 8. Juli 2010]

- Auch der renommierte Geologe Prof. Duphorn ist von einer politischen Einflussnahme bei der Standortentscheidung für Gorleben überzeugt. Der Zeuge sprach im Zusammenhang mit der Entscheidung der Kohl-Regierung pro Gorleben vom „größten Skandal überhaupt“.
- Duphorn abschließend: „Wäre man (vor 28 Jahren) meinen Empfehlungen gefolgt, bräuchten wir heute hier nicht rumsitzen“.

[Anm.: Prof. Klaus Duphorn ist nicht „irgendein“ Wissenschaftler. Er ist der wichtigste Geologe

für die Gorleben-Erkundung. Prof. Duphorn ist der Gorleben-Kenner.]

Der politische Gegner

Umweltminister Norbert Röttgen (CDU) hat das unter der rot-grünen Bundesregierung beschlossene Erkundungs-Moratorium für Gorleben im März dieses Jahres aufgehoben. Der Salzstock Gorleben wird jetzt weiter erkundet und zwar ohne Suche nach Alternativen. Damit setzt sich eine konservative Regierung einmal mehr über den internationalen Stand der Wissenschaft hinweg, der damals wie heute eine parallele Untersuchung mehrerer Standorte verlangt. Doch Merkel und Röttgen exekutieren die Interessen einer Lobby. Deshalb denkt die Union auch über Laufzeitverlängerungen von Atomkraftwerken nach und für deren „Entsorgungsnachweis“ braucht Schwarz-Gelb Gorleben.

Alibi für Laufzeitverlängerung

Doch der Gorleben - Untersuchungsausschuss impliziert nicht nur geschichtliche Aufklärung. Die Diskussion um den höchst umstrittenen Standort hat einen aktuellen Bezug: Für Angela Merkel und Norbert Röttgen ist Gorleben das Alibi für deren geplante Laufzeitverlängerung von Atomkraftwerken. Denn ohne den sogenannten „Entsorgungsnachweis“ gibt es keine verlängerten Laufzeiten. Die Union geht dabei so weit, ein wissenschaftlich höchst umstrittenes „Erkundungsbergwerk“ zu instrumentalisieren. Doch ohne Gorleben gibt es noch nicht mal eine „moderate“ Laufzeitverlängerung. Ein Grund mehr, der gegen Gorleben spricht.

Atomkraft - Schluss jetzt! Anti-Atom-Demo am 18.09.2010 in Berlin

Der Aufruf zur Demonstration

Gegen die Mehrheit der Bevölkerung hält die schwarz-gelbe Bundesregierung an ihren Atomplänen fest. Sie will die Laufzeiten für Atomkraftwerke verlängern – und den Bundestag möglicherweise noch im September darüber entscheiden lassen.



Wir sagen: Schluss jetzt!

Wir widersetzen uns dieser unverantwortlichen Atompolitik! Wir dulden es nicht, weiter den Risiken von schweren Atomunfällen ausgesetzt zu sein. Dass die Atommüllberge weiter in die Höhe wachsen, für deren Lagerung es weltweit keine Lösung gibt. Dass der Weiterbetrieb der Atomreaktoren den Weg in eine klima-

verträgliche Zukunft mit Erneuerbaren Energien verbaut. Wir haben es satt, mit dem Ausstieg auf den Sankt Nimmerleinstag vertröstet zu werden. Wir wollen die Atomkraftwerke abschalten – und zwar jetzt!

Gorleben stoppen!

Wir widersetzen uns auch einer unverantwortlichen Entsor-



Blickpunkte

gungspolitik für den tödlichen Strahlenmüll. Gorleben wurde aus politischen Gründen und nicht auf Grund geologischer Eignung als Endlagerstandort gewählt. Das Vorbild für Gorleben – das absauende und vom Einsturz bedrohte Atommülllager Asse II – zeigt, dass von den Sicherheitsbeteuerungen nichts zu halten ist. Gorleben kommt als Atommülllager nicht in Frage!

Jetzt müssen wir dran bleiben!

Unser Widerstand zeigt Wirkung: Die Bundesregierung ist mit ihren Atomplänen in der Defensive und uneins. Sie spürt den Druck, der von einer neu erstarkten Anti-Atom-Bewegung ausgeht und von einer breiten Mehrheit in der Gesellschaft getragen wird.

Am 18. September wollen wir mit zehntausenden Menschen in Ber-

lin auf die Straße gehen und das Regierungsviertel umzingeln! Damit läuten wir einen heißen Herbst ein, der im November in den vielfältigen Protesten gegen den Castor-Transport nach Gorleben gipfelt.

Kommt am 18. September nach Berlin und demonstriert für den Ausstieg! Atomkraftwerke jetzt abschalten - Gorleben stoppen!

Die Bundesregierung hat kein Konzept bei ALG II

Es ist beschämend, dass die Bundesregierung noch immer kein Gesamtkonzept für die Neugestaltung des ALG-II-Systems hat und stattdessen die Debatte mit unausgegorenen Bruchteilösungen führt. Das Urteil des Bundesverfassungsgerichts liegt bereits ein halbes Jahr zurück. Die geforderte Neuregelung muss ab 1. Januar 2011 gelten. Die Regierung jedoch zaudert bis zur letzten Minute. Alle wesentlichen Fragen sind noch immer unbeantwortet. Stattdessen gibt es Stellvertreterdebatten um die technische Umsetzbarkeit von irgendwelchen Chip-Lösungen.

Der Vorschlag von der Leyens, mit sogenannten Familienlotsen unterstützend einzugreifen, mag für sich sinnvoll sein. Nicht sinnvoll ist es jedoch, diese bei der Bundesagentur für Arbeit (BA) anzu-

siedeln. Die BA darf und soll nicht zum Bundesjugendamt werden. Dafür gibt es zum einen keine Kompetenzen bei der BA, da dort Arbeitsvermittlung praktiziert wird, keine sozialpädagogische Betreuung. Außerdem bleibt unklar, ob die BA dafür zusätzliche Stellen bewilligt bekommt. Nach der zähen Debatte mit der FDP um die Entfristung von 3.200 befristeten Stellen im Rahmen der JobCenter-Reform sind hier durchaus Zweifel angebracht. Sinnvoller ist es, nicht bei der Arbeitsvermittlung, sondern bei den Jugendämtern und der Schule anzusetzen. Schulische und erzieherische Probleme gibt es schließlich nicht nur in Familien im SGB-II-Bezug, sondern auch in anderen.

Auch die bisherigen Finanzansätze für die Reform sind lächerlich. Die bisher im Etat eingestellten

480 Millionen Euro sind völlig unzureichend, zumal im Gegenzug auch noch das Elterngeld für ALG-II-Empfänger eingespart wird.

Die Regierung behauptet, sie wolle Kinder schulisch fördern, spart aber gleichzeitig bei der Bildung für junge Erwachsene, indem sie Eingliederungstitel um 1,3 Milliarden Euro kürzt. Das ist Politik nach dem Motto linke Tasche - rechte Tasche.

Diese Kürzung bedeutet ganz konkret weniger Chancen für rund 200.000 Menschen. Statt der bisher 780.000 möglichen Teilnehmer an Maßnahmen des Arbeitsamts könnte die BA mit den verringerten Mitteln nur noch maximal 590.000 Plätze für unterstützende Maßnahmen gewähren.



Blickpunkte

Konsolidierung statt Klientelpolitik Schäuble muss endlich aus der Deckung

Wohlstand, Sicherheit und soziale Gerechtigkeit erfordern einen handlungsfähigen Staat. Für politische Gestaltung braucht der Staat ausreichende und verlässliche Einnahmen. Unsere Strategie aus Wachstumsimpulsen und Konsolidierungsmaßnahmen zahlt sich aus. Die SPD-Bundestagsfraktion sorgt mit einer sozial ausgewogenen Finanzpolitik dafür, dass mehr Steuergerechtigkeit erreicht und Steuerhinterziehung wirkungsvoll bekämpft wird.



© Wengert / pixelio.de

Die aktuelle Entwicklung von Wirtschaft und Beschäftigung in Deutschland, die besser ist als erwartet, könnte mit einer gewissen Wahrscheinlichkeit ab diesem Jahr zu Steuermehreinnahmen in den öffentlichen Haushalten führen. Auch wenn diese Perspektive angesichts der nach wie vor existierenden ökonomischen Risiken noch überhaupt nicht gesichert ist, hat es umgehend einen ganzen Strauß aufgeregter und divergierender Äußerungen aus der Regierungskoalition dazu gegeben, was mit dem "zusätzlichen Geld" zu machen und zu finanzieren sei. Diese Reaktion war nicht anders zu erwarten - auch nach

der Sommerpause gibt es in der Regierungskoalition keine Disziplin und keine politische Linie. Ungeniert wird der Verzicht auf die Elemente des Konsolidierungspaketes der Regierung gefordert, die die Unternehmen belasten. Der FDP - Parteivorsitzende fordert jetzt wieder Steuer-senkungen ein, obwohl die Kanzlerin dies unmittelbar nach der NRW-Wahl für die Legislaturperiode ausgeschlossen hatte.

Wir fordern den zuständigen Fachminister, Bundesfinanzminister Wolfgang Schäuble, auf, gegenüber den Mitgliedern seiner Koalition und gegenüber der Öffentlichkeit endlich Klarheit darüber zu schaffen, ob durch die aktuelle Entwicklung tatsächlich zusätzliche Finanzierungsspielräume entstanden sind - wovon die zahlreichen Koalitionsäußerungen offensichtlich ausgehen.

Überfällig ist ein direktes und eindeutiges fachliches Statement des Bundesfinanzministers zu mindestens den folgenden Fragen:

- Verringern die sich eventuell einstellenden konjunkturbedingten Steuermehreinnahmen den in der Bundesregierung vereinbarten Abbaupfad beim strukturellen Bundesdefizit oder bleibt es nicht vielmehr beim verabredeten Konsolidierungsbedarf?
- Muss in der aktuell konjunkturell günstigen Phase nicht bereits Bundesgeld "zurückgelegt" werden, um die aufgelaufenen konjunkturellen Defizite wieder auszugleichen?

Solange Schäuble hier nicht für Klarheit sorgt, kommt er seiner Verantwortung als Budgetminister nicht nach. Über all dem steht, dass Bundesregierung und Regierungskoalition dringend die soziale Schieflage ihres Konsolidierungskonzeptes verringern müssen. Derzeit sieht es aber eher danach aus, als werde die soziale Schieflage noch vergrößert, weil sich die Lobbyisten der Wirtschaft bei ihrem Kampf gegen Finanztransaktionssteuer, Luftverkehrsabgabe und Brennelementesteuer durchsetzen werden.



Blickpunkte

Google Street View

Regierung muss gesetzlichen Rahmen schaffen

Google Street View kommt

Nach der Ankündigung des Internetkonzerns Google, den umstrittenen Online-Dienst Street-View noch in diesem Jahr in zwanzig deutschen Städten zu starten, wirft die SPD-Bundestagsfraktion der Bundesregierung Versäumnisse vor: „Die Bundesregierung hätte längst eine solide gesetzliche Grundlage zum Schutz der Privatsphäre im Internet schaffen müssen,“ kritisierte der Erste Parlamentarische Geschäftsführer Thomas Oppermann.

Unfähigkeit der Bundesregierung

Auch der Medienpolitiker Lars Klingbeil erklärte, es wäre Aufgabe der Bundesregierung gewesen, einen Gesetzentwurf zur Darstellung von öffentlichen Räumen und zum Schutz des Grundrechts auf informationelle Selbstbestimmung auf den Weg zu bringen, um den Datenschutz zu gewährleisten und Persönlichkeitsrechte zu schützen.

Der SPD-Innenpolitiker Gerold Reichenbach kritisierte, die Bundesregierung habe sich von Google überrumpeln lassen. „Offensichtlich hat Google bewusst die parlamentarische Sommer-

pause abgewartet, um seine Absicht zu verkünden und alle – insbesondere CSU - Verbraucherschutzministerin Aigner – zu überraschen“, so Reichenbach, der das Thema Datenschutz für die SPD-Fraktion im Innenausschuss des Bundestages bearbeitet.

Auch Reichenbach forderte die Bundesregierung zum Handeln auf. Die Bundesregierung habe dafür Sorge zu tragen, dass die Wahrnehmung des Widerspruchsrechts durch die Bürger für jedermann einfach und unkompliziert möglich sei. Darüber hinaus müsse sie Google verpflichten, die Daten tatsächlich erst dann ins Internet einzustellen, wenn alle Widersprüche bearbeitet seien.

Für Deutschland hat Google die Möglichkeit geschaffen, vor dem Start von Street View einer Veröffentlichung von Bildern des eigenen Hauses zu widersprechen. Unter

www.google.de/streetview wird es in Kürze ein Onlineformular geben, mit dem Mieter und Hausbesitzer in den 20 Street-View-Städten beantragen können, dass ihr Gebäude unkenntlich gemacht wird. Auf Kritik stößt unter anderem, dass Google die Wider-

spruchsmöglichkeit nur für vier Wochen einräumen will. Fraktionsgeschäftsführer Thomas Oppermann kritisierte: „Was Google plant, geht zu schnell und zu weit.“

Widerspruchsmöglichkeit nutzen

Medienpolitiker Klingbeil erklärte im [Netzpolitik-Blog der SPD-Fraktion](#): „Es ist das gute Recht der betroffenen Bürgerinnen und Bürger, Widerspruch gegen Abbildungen einzulegen, die ihre Persönlichkeitsrechte berühren. Diesem Widerspruchsrecht trägt das von Google vorgesehene Widerspruchsrecht mit einer Frist von vier Wochen – zudem mitten in der Ferienzeit – nicht ansatzweise Rechnung. Das Widerspruchsverfahren muss bürgerfreundlich gesetzlich abgesichert werden.“ Gleichwohl rief Klingbeil die Bürgerinnen und Bürger dazu auf, von den Widerspruchsmöglichkeiten Gebrauch zu machen: „Jeder sollte sich detailliert mit diesem Dienst auseinandersetzen und dann entscheiden ob er Widerspruch gegen die Veröffentlichung seiner Häuserfassade einlegt oder nicht.“



Blickpunkte

Aus dem Wahlkreis / Kurz notiert

Nicht wählen lassen, bis es passt!



Rheine/Kreis Steinfurt. `Was halten Sie von Neuwahlen?` Die schwierige Regierungsbildung in NRW war Thema eines einstündigen Gesprächs, das jetzt 30 Zehntklässler des Arnold Janssen-Gymnasiums in Begleitung ihrer Lehrer Doris Leißling und Josef Bauer mit der heimischen SPD - Bundestagsabgeordneten Ingrid Arndt-Brauer führten.

Die Politikerin lehnte den verständlichen Wunsch nach klaren Mehrheiten ab: `Ich halte nichts davon, solange wählen zu lassen bis es passt`. Ein Wahlergebnis sei immer ein Wählerauftrag, so unpassend dieser auch sei. Die Parteien seien gut beraten, diesen Wählerauftrag ernst zu nehmen und miteinander umzusetzen. Die Forderung nach Neuwahlen, ohne den Versuch eine Regierung zu bilden, erzeuge nur Politikverdrossenheit. Zudem sei überhaupt nicht sicher, dass eine Neuwahl wirklich das erwünschte Ergebnis bringen würde. Daher begrüße

sie, dass Rot-Grün nun anstrebt, eine Regierung zu bilden.

Angesprochen wurde auch die Arbeit der Abgeordneten im Wahlkreis und in Berlin. `Ist das ständige Pendeln überhaupt mit dem Klimaschutz vereinbar`, fragte ein Schüler kritisch nach. Arndt-Brauer betonte, dass sie immer mit der Bahn fahre. `Als Abgeordnete ist es meine Aufgabe, Anregungen aus dem Wahlkreis nach Berlin mitzunehmen und diese in die parlamentarische Arbeit in Berlin einzubringen. Im Gegenzug berichte ich den Menschen im Wahlkreis über die politischen Entscheidungen und Gesetze, die im Bundestag beschlossen werden. Ohne Reisen geht es daher nicht.` Wichtig sei zudem, dass die Abgeordneten aus den unterschiedlichsten Regionen Deutschlands ihre jeweiligen Erfahrungen im Bundestag einbringen. Die Lebenswirklichkeit der Menschen ist nicht überall gleich.

Arndt-Brauer fordert Erhalt des Flugplatzes Bentlage

Rheine/Kreis Steinfurt. `In Rheine-Bentlage dürfen die Lichter nicht ausgehen.` Angesichts der Befürchtungen zur Schließung des Heeresfliegerflugplatzes in Rheine im Zuge der anstehenden Bundeswehrstrukturreform fordert die heimische Bundestags-

abgeordnete Ingrid Arndt-Brauer den Erhalt des Standortes Rheine.

Der Flugplatz in Rheine soll in den nächsten Jahren bis 2017 mit 130 Mio. Euro grundlegend modernisiert werden. Von den Geldern seien im laufenden Jahr bereits 30 Mio. Euro verbaut worden. `Eine Schließung des Standortes wäre daher eine massive Verschwendung von Steuergeldern, die im Widerspruch zu der mit der Bundeswehrstrukturreform angestrebten Haushaltssanierung steht`, so die SPD-Finanzpolitikerin. Hinzu komme die wirtschaftliche Bedeutung der Heeresflieger für die gesamte Region. Diese dürfe nicht verloren gehen.

Die Abgeordnete fordert die Bundesregierung auf, ihre Pläne so rasch wie möglich offenzulegen. Bislang verfüge sie als Abgeordnete über keinerlei Informationen über die Reformpläne. Gleiches gelte auch für die betroffenen Bundeswehrangehörigen und deren Familien. In letzter Zeit häufen sich die Anfragen bei mir. Die Verunsicherung der Angehörigen ist deutlich zu spüren.

Bildnachweis

- Atomkraftwerk, Seite 2 - Mildenerger / pixelio.de
- Geld, Seite 7 - © Wengert / pixelio.de